

Stand 4.6.2004

Ausschuss 7**Ergebnisse der Intensivberatungen des Präsidiums vom 3. Juni 2004**

Nr.	Thema	Entscheidung	Aufträge
	Unabhängige / weisungsfreie Behörden und Regulatoren		
1	Verpflichtung der Regulatoren zur Bedachtnahme auf die allgemeinen Grundsätze für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse		Wird von A06 und A07 gemeinsam behandelt (vgl. Liste „Gemeinsame Aufträge zu den Themen Weisungsfreistellung und Ausgliederung“)
2	Berichtspflichten und (parlamentarische) Kontrolle von Regulatoren		
3	Integration eines Großteils der weisungsfreien Behörden (insbesondere nach Art. 133 Z 4 B-VG) in eine künftige Verwaltungsgerichtsstruktur	Alle: Ja (Vgl. A09)	
4	einfachgesetzliche Anregungen zur inneren Organisation von Regulatoren	keine Verfassungsfrage	

	Ausgliederungen		
5	Recht des Bundes zur Normierung von Sondergesellschaftsrecht (im Rahmen seiner Zivilrechtskompetenz) im Fall von Ausgliederungen		Wird von A06 und A07 gemeinsam behandelt (vgl. Liste „Gemeinsame Aufträge zu den Themen Weisungsfreistellung und Ausgliederung“)
6	Für besonderes Ausgliederungs-Organisationsrecht sollte möglichst kein bzw. nur ein enger Spielraum bestehen; jedenfalls sollen alle Gebietskörperschaften solche Formen in gleicher Weise nutzen können		
7	Anknüpfung der Zuständigkeit des Rechnungshofs an den Begriff „Rechtsträger“; Zusammenfassung diverser Verfassungsbestimmungen	Thema von A08	
8	Erweiterung der Zuständigkeit der Volksanwaltschaft auf ausgegliederte Rechtsträger (analog der RH-Zuständigkeit)	Thema von A08	
9	Beibehaltung der derzeitigen Regelung der Amtshaftung im Fall von Ausgliederungen	Alle: Ja	

	Privatwirtschaftsverwaltung		
10	Handlungsformen und Rechtsschutz der öffentlichen Verwaltung – insbesondere auch im Hinblick auf die Privatwirtschaftsverwaltung (Punktation von Dr. Kostelka vom 28.5.2004)		Einsetzung einer Arbeitsgruppe, für die von jedem Präsidiumsmitglied eine Expertin oder ein Experte nominiert wird
11	weitgehendes Zusammenwirken der Gebietskörperschaften im Förderungsbereich	Ergebnis der Arbeitsgruppe (Punkt 10) abwarten	
12	Anregungen zur effektiveren Kontrolle der Subventionsverwaltung (Förderrichtlinien, Vereinheitlichung von Berichten usw.)	Ergebnis der Arbeitsgruppe (Punkt 10) abwarten	

	Nichtterritoriale Selbstverwaltung		
13	Grundsätzliche Verankerung der nichtterritorialen Selbstverwaltung (wesentliche Strukturmerkmale und Ausprägungen)	Alle: Ja (Grüne: jedoch nur bei stärkerer Demokratisierung)	Der Ausschuss soll Textvorschläge mit folgenden Varianten ausarbeiten: 1) Grundsätzliche Verankerung ohne Nennung bestimmter Gruppen von Selbstverwaltungskörpern 2) Verankerung einschließlich ausdrücklicher verfassungsrechtlicher Absicherung der Kammern der Arbeitnehmer, Wirtschaft und Landwirtschaft 3) Verankerung einschließlich ausdrücklicher verfassungsrechtlicher Absicherung der Kammern der Arbeitnehmer, Wirtschaft und Landwirtschaft sowie der ÖH und der Sozialversicherung 4) Verankerung einschließlich ausdrücklicher verfassungsrechtlicher Absicherung der Kammern der Arbeitnehmer, Wirtschaft und Landwirtschaft sowie der ÖH, der Sozialversicherung sowie der freien Berufe Bei allen Varianten ist auf die demokratische Willensbildung ausdrücklich Bedacht zu nehmen.
14	Verankerung bestimmter Gruppen von Selbstverwaltungskörpern, die jedenfalls als solche einzurichten sind		
15	Verankerung der Verwaltung der Sozialversicherung durch Selbstverwaltungskörper		
16	Ausnahme der öffentlich Bediensteten von der verfassungsrechtlich verpflichtenden Selbstverwaltung (keine „Beamtenkammer“)	Alle: Ja	
17	Aufgabenübertragung nur bei Bereitstellung der Mittel	Keine Verfassungsfrage	
18	Schaffung einer Staatszielbestimmung betreffend die Sozialpartnerschaft	Thema von A01	